

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Harald Ebner, Nicole Maisch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/976 –

Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern

A. Problem

Die Antragsteller sehen die bäuerliche Milchviehhaltung einer starken Existenzbedrohung ausgesetzt. Stark schwankende Erzeugerpreise, geringe Marktmacht der Erzeuger und das Höfesterben betreffen die Milchbäuerinnen und Milchbauern. Das Auslaufen der Milchquote 2015 wird den Druck auf die bäuerlichen Erzeuger weiter erhöhen.

Eine konsequente Milchpolitik, mit dem Leitbild der Kuh auf der Weide, ist nach Ansicht der Antragsteller erforderlich, damit die Bäuerinnen und Bauern für die Weidehaltung einen höheren Preis auf den Milchmärkten erzielen können. Auch soll für die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Klarheit über Haltungsformen und Produktionsbedingungen geschaffen werden, damit sie sich über den Einkaufskorb bewusst für Milch aus bäuerlicher Tierhaltung entscheiden können.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden, die laut Antragsteller auf Massenproduktion und Export orientierte Milchpolitik neu auszurichten, damit die Bäuerinnen und Bauern nachhaltig und tiergerecht produzieren können. Die Bundesregierung soll den Rahmen für eine faire, ökologische und kostendeckende Milchproduktion setzen. Auf Ebene der Europäischen Union soll sie sich für die Errichtung einer Marktbeobachtungsstelle und eines Frühwarnsystems sowie Krisenmechanismen einsetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/976 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2014

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Gitta Connemann
Vorsitzende

Kees de Vries
Berichtersteller

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichtersteller

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstellerin

Friedrich Ostendorff
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Kees de Vries, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Kirsten Tackmann und Friedrich Ostendorff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 26. Sitzung am 3. April 2014 den Antrag auf **Drucksache 18/976** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller zielen neben einer Feststellung des Deutschen Bundestages auf die Erfüllung konkreter Forderungen durch die Bundesregierung ab.

Der Deutsche Bundestag soll feststellen, dass die bäuerliche Milchviehhaltung zentraler Bestandteil der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland ist und wie keine andere Bewirtschaftungsform die Kulturlandschaft prägt. Nach Vorstellung der Antragsteller ist zugleich kein anderer Bereich der Landwirtschaft so stark in seiner Existenz bedroht wie die Milchviehhaltung. Nach ihrer Auffassung betreffen stark schwankende Erzeugerpreise, geringe Marktmacht der Erzeuger und das Höfesterben vor allem die Milchbäuerinnen und Milchbauern. Nach Darstellung der Antragsteller musste allein in den letzten zehn Jahren ein Drittel der Milchviehbetriebe aufgeben. Die Antragsteller sind der Auffassung, dass das Auslaufen der sogenannten Milchquote im Jahr 2015 den Druck auf die bäuerlichen Erzeuger weiter erhöhen wird.

Eine konsequente Milchpolitik, deren Leitbild die Kuh auf der Weide sein muss, ist nach Auffassung der Antragsteller zur Stärkung der bäuerlichen Milchviehhaltung überfällig. Nach ihrer Ansicht muss für die Weidhaltung ein höherer Preis auf den Milchmärkten erzielt werden können, da diese Art der Erzeugung teurer als die Milchproduktion in industriellen und rationalisierten Massentrieben ist. Auch ist es nach Auffassung der Antragsteller notwendig, mehr Klarheit über Haltungsformen und Produktionsbedingungen zu schaffen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher sich bewusst für Milch aus bäuerlicher Tierhaltung entscheiden können.

Mit dem Antrag auf Drucksache 18/976 soll die Bundesregierung zehn Forderungen der Antragsteller nachkommen. Sie soll aufgefordert werden, die laut Antragsteller auf Massenproduktion und Export von Produkten mit geringer Wertschöpfung orientierte Milchpolitik zu beenden und den Rahmen für eine faire, ökologische und kostendeckende Milchproduktion zu setzen. Auf Ebene der Europäischen Union (EU) soll sie sich für die Errichtung einer Marktbeobachtungsstelle und eines Frühwarnsystems sowie Krisenmechanismen, wie den vom Europäischen Parlament (EP) vorgeschlagenen „Freiwilligen Produktionsverzicht gegen Ausfallentschädigung“ einsetzen. Das Grünland soll im Zuge der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU in Deutschland wirksam geschützt und Maßnahmen vorlegt werden, um die Weidhaltung von Kühen und eine flächengebundene Milcherzeugung zu fördern. Eine tiergerechte Nutztierzüchtung mit einer maßvollen Milchleistung pro Kuh und einer hohen Lebensleistung statt einer kurzfristigen Hochleistung als Züchtungsziel soll gefördert werden. Verbrauchertäuschendes Marketing soll unterbunden und Regelungen zur Verwendung der Bezeichnung „Weidemilch“ geschaffen werden, damit Verbraucherinnen und Verbraucher eine wirkliche Entscheidungsgrundlage beim Einkauf haben.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

1. Beratungsverlauf

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 18/976 in seiner 24. Sitzung am 17. Dezember 2014 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, es sei völlig offen, ob das Auslaufen der Milchquote zu dem von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN prognostizierten erheblichen Strukturwandel bei der Milchbauern führen werde. Die Fraktion der CDU/CSU lehne sowohl die Antragsforderung nach Einführung einer nachfrageorientierten Milchmengenregulierung als auch nach einem freiwilligen Produktionsverzicht gegen Ausfallentschädigung als nicht zielführend ab. Die erstgenannte Forderung habe politisch keinerlei Chancen auf Verwirklichung, da sie von ihrer Wirkungsweise mit der Milchquote vergleichbar sei, deren Auslaufen zum Frühjahr

2015 aus guten Gründen bereits vor geraumer Zeit beschlossen worden sei. Die Absicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eine Marktregulierung auf freiwilliger Basis schaffen zu wollen, verkenne völlig die wirtschaftlichen Realitäten in der Milchviehhaltung. Die von den Antragstellern geforderte höhere Grundfutterleistung sei zu begrüßen. Allerdings würden hierfür hochwertige Grünlandflächen benötigt, deren Sicherstellung durch die gleichzeitig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgte Politik der Extensivierung von Grünland nicht möglich sei. Aus den genannten Gründen lehne die Fraktion der CDU/CSU den Antrag auf Drucksache 18/976 ab.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, die Einführung des Milchquotensystems der EU im Jahr 1984 sei ursprünglich für einen befristeten Zeitraum angedacht gewesen. In der Realität sei dieses System über drei Jahrzehnte weitergeführt worden. Die Milchquote habe dennoch nicht verhindern können, dass die Strukturen sich in diesem Sektor, u. a. gekennzeichnet durch die deutliche Abnahme der Anzahl der Milchviehbetriebe, verändert hätten. Die stetige Bewahrung des EU-Milchquotensystems habe im Ergebnis große finanzielle Mittel beansprucht, die besser in notwendige Investitionen geflossen wären. Die Fraktion der SPD stehe zum bereits länger feststehenden Ausstieg aus der Milchquote zum Frühjahr 2015. Bereits in den Jahren 2008/2009 sei eine ähnlich intensive Diskussion über die Zukunft der Milchwirtschaft geführt worden. Ein faktisches Zurück zur Regulierung des Milchmarktes, wie im Antrag gefordert, lehne die Fraktion der SPD ab. Insgesamt sei die deutsche Milchwirtschaft in der Lage, sich in der EU und auf den Märkten der Welt dem Wettbewerb erfolgreich zu stellen, auch wenn nicht alle Regionen gleichermaßen davon profitieren würden. Von einer geplanten öffentlichen Anhörung des Ausschusses im März 2015 erhoffe sich die Fraktion der SPD, wie die Maßnahmen des vorhandenen sogenannten Sicherheitsnetzes für den Milchbereich rechtzeitig und zielgerichtet eingesetzt werden könnten.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte, es passe politisch nicht zusammen, dass sich die Bundesregierung bei der Milch für einen völlig liberalisierten Markt ausspreche, während sie gleichzeitig beim Wein eine Mengensteuerung als notwendig erachte. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle nicht einfach das existierende Quotensystem bei der Milch fortführen. Vielmehr gehe es darum, sich Gedanken zu machen, wie möglicherweise ein alternatives Modell für eine Mengensteuerung eingesetzt werden könne. Die von der Bundesregierung verfolgte Politik, Milch ohne Mengensteuerung produzieren zu lassen, ohne auf die Absatzmärkte zu schauen, sei keine wirkliche Alternative. Der Milchmarkt sei, wie die Märkte für Lebensmittel allgemein, aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. ein sehr sensibler Markt, der einen regulierenden Rahmen im Interesse der Milchbetriebe und der Verbraucher benötige. Der Antrag verzichte darauf, „große“ und „kleine“ Milchbetriebe gegeneinander zu stellen, sondern zeige durch zahlreiche detaillierte Vorschläge auf, wie eine positive Veränderung zugunsten aller Milchbetriebe in Deutschland erreicht werden könne. Bekanntermaßen sei zum Beispiel die genossenschaftliche Milchviehwirtschaft von ähnlichen Problemen betroffen wie einzelne bäuerliche Familienbetriebe. Von der beabsichtigten öffentlichen Anhörung des Ausschusses im März 2015 erhoffe sie sich, dass sich mit den existierenden Problemen auf dem Milchmarkt umfassend auseinandergesetzt werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, insbesondere die bäuerliche Milchviehhaltung in Deutschland sei in ihrer Existenz stark bedroht. Eine Mitverantwortung trage die auf Produktionsausweitung im Inland sowie auf marktlastende Exporte setzende Politik der Bundesregierung. Diese Strategie müsse beendet und durch eine konsequente Milchpolitik zur Stärkung der bäuerlichen Milchviehhaltung ersetzt werden. Ansonsten sei das Verschwinden vieler weiterer Milchbetriebe vom Markt zu befürchten. Die Lage der Milchbäuerinnen und Milchbauern werde durch das Auslaufen der Milchquote im Frühjahr 2015 zusätzlich erschwert. Von deren Ende würden vorwiegend große Betriebe profitieren. Die aktuelle Preis- und Mengenentwicklung der Milch biete wenig Anlass für Hoffnungen auf eine Änderung der ernsten Situation. Zudem seien bisher wichtige Exportmärkte für deutsche Milchwirtschaft wie China und Russland eingebrochen bzw. wie im Fall Russland nicht mehr existent. Vor dem Hintergrund der ernsten Lage auf dem Milchmarkt sollte die Politik den Milchviehhaltern signalisieren, dass sie sich um sie kümmere. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüße die Absicht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, im März 2015 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Instrumente für Kriseninterventionen und – management auf dem Milchmarkt“ durchzuführen.

2. Abstimmungsergebnis

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 17. Dezember 2014

Kees de Vries
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

